

Der Sieg der kleinen Aktionäre

Landgericht düpiert HypoVereinsbank / Beschluss zum Verkauf der Bank Austria ist nichtig

Von Thomas Fromm

München – Kleinaktionäre der HypoVereinsbank (HVB) haben im Streit um den Verkauf der Bank Austria an die italienische Unicredit einen wichtigen Etappensieg errungen. Das Landgericht München entschied am Donnerstag, dass der Beschluss der Hauptversammlung vom Oktober 2006, die österreichische Bank an die Konzernmutter der HVB zu verkaufen, nichtig sei.

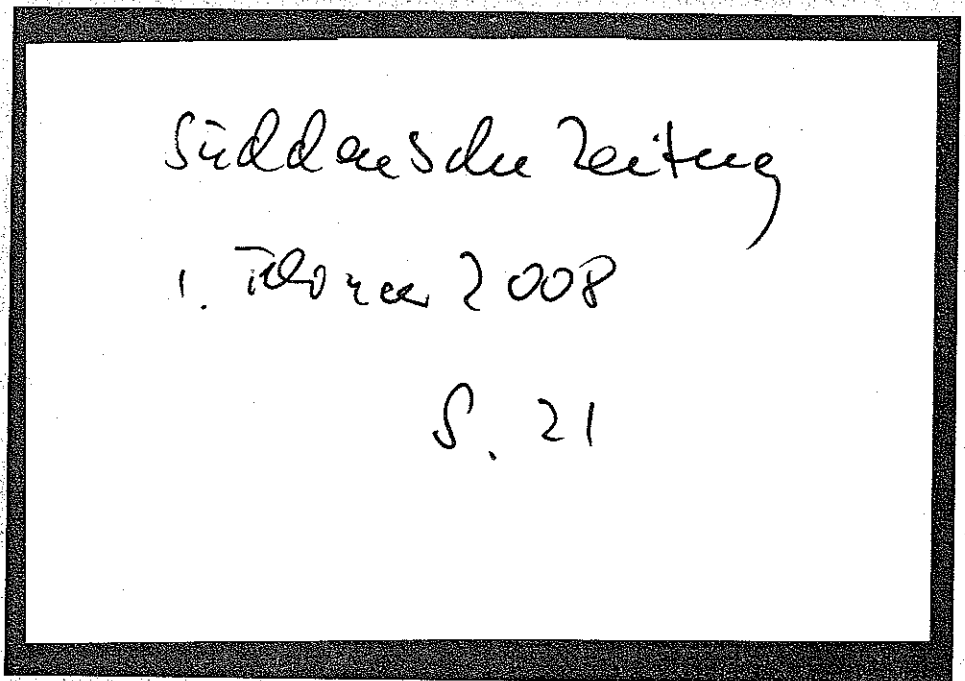
Der Vorsitzende Richter Helmut Krenk begründete dies mit formalen Fehlern. So sei auf der Hauptversammlung die Frage eines Anteilseigners zum Kaufpreis für die Bank Austria nicht beantwortet worden. Hierzu aber sei „der Vorstand der HypoVereinsbank verpflichtet gewesen“. Außerdem hätten die Aktionäre nicht genügend Informationen über den Vertrag zum Zusammenschluss von Unicredit und HVB erhalten. Bei diesem habe es sich um einen „verdeckten Beherrschungsvertrag“ gehandelt. Dieser hätte aber der Zustimmung der Hauptversammlung bedurft.

Der für die Kläger tätige Anwalt Thomas Heidel sagte der *Süddeutschen Zeitung*, das Urteile zeige, „dass es für Kleinaktionäre sehr wohl Möglichkeiten gibt, zu ihrem Recht zu kommen“. HVB-Anwalt Gerhard Wirth kündigte dagegen an, beim Oberlandesgericht München Berufung einzulegen. „Ich werde empfehlen, das Urteil anzufechten“, sagte er. Bis dahin bleibe der Verkaufsvertrag für die Bank Austria wirksam.

Ein Unternehmenssprecher der HypoVereinsbank sagte, die vom Gericht aufgeführten formalen Mängel würden auf der nächsten Hauptversammlung der HVB, die für den 14. und 15. Mai geplant sei, „ausgeräumt“. Da Unicredit mehr als 95 Prozent der HVB-Aktien hält, gilt es als sicher, dass der Bank-Austria-Verkauf im Mai endgültig durchgewunken wird.

Für die Kleinaktionäre der HVB ist der Richterspruch daher nur ein erster kleiner Erfolg – und der Auftakt für wei-

ANZEIGE



tere Gerichtstermine. Ungeklärt ist nach wie vor die weitaus entscheidendere Frage, inwiefern der Preis in Höhe von 13 Milliarden Euro, den Unicredit an die HVB für die Bank Austria gezahlt hat, zu niedrig war.

Die Mailänder Großbank hatte die HypoVereinsbank im Sommer 2005 für 20 Milliarden Euro übernommen und im Zuge der Zusammenführung beider Institute auch die HVB-Tochter Bank Austria mit ihrem lukrativen Osteuropa-Geschäft bei sich eingegliedert. Im Gegenzug bekamen die Münchener die Investimentsparte der Gruppe. Kleinaktionäre werfen der italienischen Konzernmutter seitdem vor, die Münchener Tochter „ausgeschlachtet“ zu haben. Sie verweisen dabei unter anderem auf die Tatsache, dass Unicredit auf eine Auktion für Bank Austria verzichtete und den Preis lediglich

auf der Basis von Gutachten festgelegt hat.

Klagen liegen inzwischen auch gegen die Pläne von Unicredit vor, die verbliebenen Kleinaktionäre mit einer Barabfindung in Höhe von 38,26 Euro je Aktie aus der HVB zu drängen. Wegweisend für die Minderheitsaktionäre könnte der Ausgang einer Schadensersatzklage über 17 Milliarden Euro sein, die US-Hedgefonds für den Herbst planen. Die Klage richtet sich gegen Unicredit und deren Chef Alessandro Profumo sowie HVB-Chef Wolfgang Sprißler. Gleichzeitig plant auch Rechtsanwalt Heidel, eine Klage einzureichen. „Ich bin mehr oder weniger fertig damit“, sagte er. Um einen jahrelangen Rechtsstreit und weitere Imageschäden zu vermeiden, sei die Bank gut beraten, den Aktionären ein Angebot für einen Vergleich vorzulegen.